

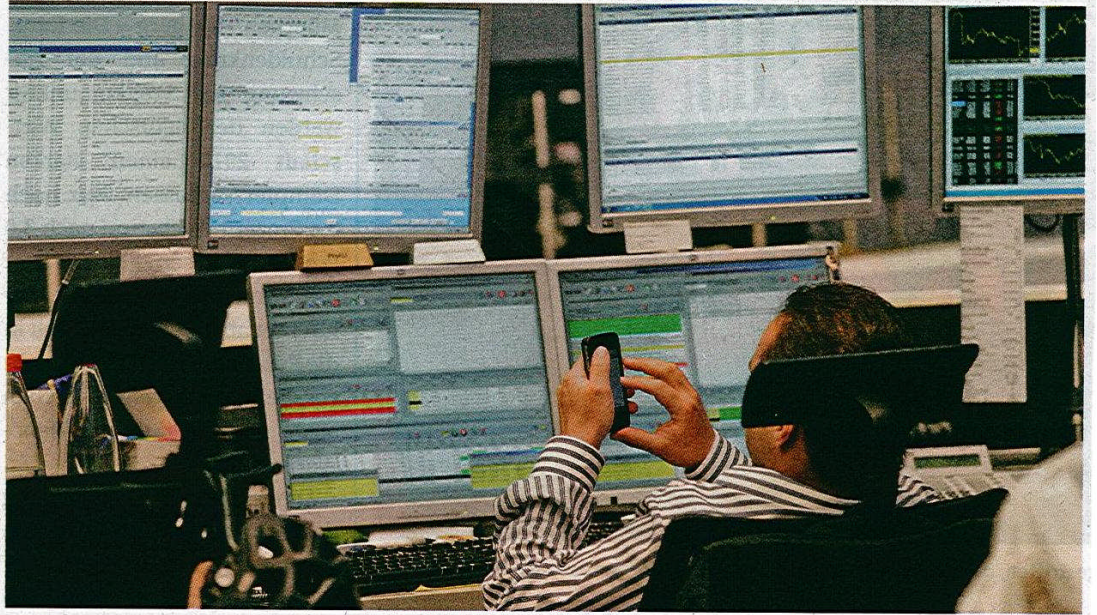
„Ohne Regeln und Grenzen geht es nicht“

Hartmut Koschyk: Es gibt keinen Grund, Finanztransaktionen nicht zu besteuern

Berlin – Mit dem Verbot ungedeckter Leerverkäufe und diversen anderen Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits Konsequenzen aus der Finanzkrise gezogen, um Spekulationsgeschäfte unattraktiver zu machen. Als nächstes soll eine Finanztransaktionssteuer folgen. Peter Hausmann sprach darüber mit Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

Bayernkurier: Vor dem Hintergrund der aktuellen Spekulationen gegen den Euro, wird über die Regulierung der Finanzmärkte diskutiert. Fachleute bezweifeln, dass die Politik die geeigneten Mittel hat, um der Spekulation Einhalt zu gebieten. Treiben die Märkte die Politik vor sich her?

Hartmut Koschyk: Nein, die Märkte treiben die Politik nicht vor sich her. Aber wir müssen in einer globalisierten und beschleunigten Welt unserer Verantwortung gerecht werden. Ohne Regeln und Grenzen geht es nicht. Die Politik muss dabei das Heft der Finanzmarktregulierung in der Hand behalten und konsequent die Lehren aus der Finanzkrise ziehen. So haben wir in Deutschland bereits Maßnahmen gegen destabilisierende spekulative Geschäfte ergriffen. Auf europäischer Ebene wird ein vergleichbares Regelwerk folgen. Darüber hinaus werden derzeit auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zahlreiche weitere Maßnahmen für stabilere Finanzmärkte vorbereitet. Hierzu zählen unter anderem die Umsetzung der Richtlinie über alternative Investmentfonds, eine Verordnung über OTC-Derivate, die Verschärfung der Verordnung über Ratingagenturen oder strengere Eigenkapitalanforderungen für Banken. Diese Maßnahmen werden reine Spekulationsgeschäfte unattraktiver



Lehren aus der Krise: Spekulative Finanzgeschäfte sollen unattraktiver werden.

Bild: dapp

machen und die Stabilität der Finanzmärkte erhöhen.

Bayernkurier: Über die Finanztransaktionssteuer wird in diesem Zusammenhang besonders gerne nachgedacht. Wo lägen bei dieser Steuer die Vorteile?

Koschyk: Ein wichtiges Ziel der Finanztransaktionssteuer ist es, einen angemessenen und fairen Beitrag des Finanzsektors zu den Folgekosten der Finanzkrise zu erheben. Dies wird von unserer Bevölkerung erwartet, den Kirchen nachdrücklich gefordert und der Bundesregierung entschieden unterstützt. Es gibt keinen Grund, warum wirtschaftliche Transaktionen grundsätzlich besteuert werden, aber Finanztransaktionen nicht. Zudem besteht die berechnete Hoffnung, dass eine Finanztransaktionssteuer dazu beiträgt, dass der Hochfrequenzhandel weniger attraktiv wird. Eine Steuer, die alle Finanzinstrumente erfasst und eine breite Bemessungsgrundlage mit einem niedrigen Steuersatz hat, würde nicht nur die Finanztransaktionen des geregelten Marktes, sondern auch der unregulierten Märkte besteuern. Ausweichreaktionen zu Lasten unserer Börsen lassen sich so vermindern.

Bayernkurier: Bisher sind alle Anläufe, in der EU eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, daran gescheitert, dass die Briten dies davon abhängig machen, dass die USA mitziehen.

Koschyk: Ließe man sich davon entmutigen, würden wir in kaum einem Bereich voranschreiten. Schauen Sie sich als Beispiel die Entwicklungen bei dem Verbot ungedeckter Leerverkäufen an – auch hier hat sich die Haltung nach und nach geändert. Der von der EU-Kommission Ende September vorgelegte Entwurf für ein gemeinsames Finanztransaktionsteuersystem liegt nach langem Drängen der Bundesregierung nun auf dem Tisch und wird derzeit in den zuständigen EU-Ratsgremien verhandelt. Die Bundesregierung unterstützt diesen Richtlinienentwurf. Es muss überall die Einsicht wachsen, dass wir eine maßvolle Besteuerung von Finanztransaktionen brauchen. Bei Ländern, die noch zögern, werben wir nachdrücklich dafür. Allerdings treten wir entschieden dafür ein, dass die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer in die nationalen Haushalte fließen.

Bayernkurier: Würde die Bundesregierung notfalls die Steuer auch im Alleingang einführen,

so wie sie die so genannten Leerverkäufe verboten hat?

Koschyk: Hier ist unsere Haltung sehr klar: Wünschenswert ist eine Einführung weltweit. Da dies aber derzeit nicht möglich ist, ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer innerhalb der EU unser ausdrückliches Ziel. Gegen eine isolierte Einführung in Deutschland spricht schon, dass wir keine eigene Währung mehr haben – der kleinste denkbare Raum ist die Euro-Zone. Aber lassen Sie mich nochmals betonen: Wir streben eine EU-weite Einführung an.

Bayernkurier: Wenn man das Verbot von Leerverkäufen einmal auf die Spekulationswellen gegen Staatsanleihen aus dem Euro-Raum überträgt, müsste man dann nicht auch das Finanzkonstrukt der CDS, der Kreditausfallswaps, verbieten?

Koschyk: Gerade dieser Bereich zeigt, dass das deutsche Beispiel in Europa Schule macht. Der Abschluss von Kreditausfallversicherungen auf Staatsanleihen der Eurozone, die keinen Absicherungszwecken dienen, wurde in Deutschland im Juli 2010 verboten. Es ist erfreulich, dass Europa nun diesem Beispiel folgt. Ab November 2012 werden in der gesamten EU solche Geschäfte verboten sein.